

# Grüne Positionen für eine Ausbildungsplatzgarantie

- Wir begrüßen die Initiative der SPD für eine Ausbildungsplatzgarantie für "ausbildungsfähige" und "ausbildungswillige" junge Menschen.
- Zwingend zu klären ist eine Definition von "Ausbildungsfähigkeit" und "Ausbildungswilligkeit". Auch der Anteil sog. ausbildungsfähiger Jugendlicher ist vage, schwankt je nach Sichtweise auch im SPD-Papier zwischen einem und zwei Dritteln.
- Notwendige Grundqualifikationen für Ausbildungsgänge und -module sind festzulegen. Diese Grundqualifikationen könnten in einem reformierten Übergangssystem oder durch eine Jugendberufsagentur gefördert werden, um den AbsolventInnen tatsächliche berufliche Perspektiven zu eröffnen.
- Den Perspektivwechsel der SPD von Maßnahmen im Übergangssystem hin zu mehr Förderung von ausbildungsnahen Initiativen unterstützen wir. Einige Maßnahmen im Übergangssystem sind ausbildungsfern und nicht effektiv.
- Es wird weiter ein Übergangssystem geben müssen, um (noch) nicht-ausbildungsfähige junge Menschen darauf vorzubereiten, eine Ausbildung zu beginnen. Freiwerdende Mittel könnten zur Umsetzung der Ausbildungsplatzgarantie verwendet werden.
- Eine Ausbildungsplatzgarantie in Bremen und Bremerhaven wird zunächst kein verbindlicher und einklagbarer Rechtsanspruch sein können, sondern eine freiwillige Selbstverpflichtung. Es wird keine Garantie für den Wunschausbildungsplatz geben können.
- Bremen und Bremerhaven können eine Ausbildungsplatzgarantie nur in enger Abstimmung mit Niedersachsen realisieren. 40 % der Ausbildungsplätze in Bremen und zwei Drittel der Ausbildungsplätze in Bremerhaven werden beispielsweise von in Niedersachsen wohnenden

jungen Menschen eingenommen. Eine Regelung darf nicht zu ihrem Nachteil sein.

- Die SPD spricht von finanziellen Mehrbedarfen für die Realisierung einer Ausbildungsplatzgarantie. Teilweise kann das mit dem Wegfall von nicht abschlussbezogenen Maßnahmen des Übergangssystems kompensiert werden. Eventuelle Mehrbedarfe sind angesichts der Faktenlage zu ermitteln.
- Für uns Grüne ist eine Aktivierung und Unterstützung der Ausbildungskräfte in Wirtschaft und Handwerk vorrangig. Notwendig für die Deckung des Fachkräftebedarfs ist eine Steigerung der dualen Ausbildungsplätze in den Betrieben. Hier würden Anreize helfen. Staatliche Ausbildungswege oder schulische Ausbildung eigentlich dualer Wege sollen die Ausnahme sein. Die Ausbildung darf nicht weiter auf den Staat verlagert werden. Im Ergebnis soll es deutlich mehr duale Ausbildungsplätze in Wirtschaft und Handwerk geben.
- Die Förderung von Ausbildungspartnerschaften und Verbundausbildung ist ein guter Weg, auch kleine Betriebe verstärkt für die duale Ausbildung zu gewinnen. Dabei teilen sich mehrere Betriebe die Ausbildung. Wir setzen uns für eine Erleichterung der Ausbildereignung ohne Qualitätsverlust ein. Mehr Betriebe müssen den Status eines ausbildungsfähigen Betriebes erlangen und sei es auch in Kooperation mit anderen Betrieben. Unterstützungsangebote und ausbildungsbegleitende Hilfen müssen bei Kleinbetrieben gezielter eingesetzt werden.
- Alle Talente mitnehmen! Dafür müssen Jugendliche erst einmal wissen, was ihre Fertigkeiten, Begabungen und Talente sind. Geeignete Kompetenzfindungsangebote am Ende der Schulzeit bieten eine Chance und sollten verbindlich angeboten werden. Es sind genauso zweijährige Ausbildungswege als auch vierjährige denkbar, z. B. für junge Menschen, die mehr Zeit brauchen.
- Wir wollen mehr Frauen in eine duale Ausbildung bringen. Deshalb wollen wir in den Branchen, in denen Frauen bislang unterrepräsentiert sind, attraktivere Ausbildungsangebote für Frauen schaffen. Wichtig ist

es, alle Zielgruppen bei der Ausbildungsvermittlung im Blick zu haben. Hierzu gehören auch AusbildungsanwärterInnen mit Kindern/junge Mütter, für die wir konkrete Angebote für mehr betriebliche Angebote von Ausbildungsplätzen in Teilzeit.

Ralph Saxe für den Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen, Frank Willmann, Kreisvorstandssprecher Bremerhaven